D 9499 F

2/1990

JULI 1990

STUDIEN VON ZEITFRAGEN

INHALT

32. Jahrgang JULI 1990

Impressum

STUDIEN VON ZEITFRAGEN

Herausgeber:
Prof. Dr. Arno Klönne

Verantwortlich für den Inhalt:
Prof. Dr. Arno Klönne

Redaktion:
Prof. Dr. Arno Klönne,
Nikolaus J. Ryschkowsky,
Peter G. Spengler

Redaktionsanschrift:
Annette-von-Droste-Str. 10
4790 Paderborn

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Verlag:
Peter G. Spengler Verlag
Oeder Weg 23
6000 Frankfurt am Main 1
Postfach 70 09 03
6000 Frankfurt am Main 70
Telefon (069) 597 4213
Btx 06 95974213

Satz und Vertrieb:
Spengler Verlag

Druck:
W. Burck
Hainer Weg 102
6000 Frankfurt am Main 70

Erscheinungsweise:
sechsmal im Jahr
ISSN 0934-8670

Bezugspreis (für 1 Jahr):
40 DM (in der DDR: 25 DM)
incl. Porto und Versand

Einzelheft:
7 DM (in der DDR: 5 DM)

In den Preisen ist die gesetzliche MWSt enthalten.

Bankverbindung:
Postgirokonto FFM 2769 30-608

EDITORIAL

Nationaler Sozialismus?

Die deutsche Linke reagiert derzeit höchst verwirrt auf die Wiederkehr der 'nationalen Frage', und es scheint, daß ihr dabei leicht die analytischen Fähigkeiten abhanden kommen. Die einen fühlen sich wohl darin, nun endlich auch wieder 'Nationalgefühl' vorzeigen zu können; die anderen sehen ihre weltgeschichtliche Aufgabe darin, eine deutsche Nation um jeden Preis zu behindern - oder doch wenigstens dafür zu demonstrieren, daß es "Nie wieder Deutschland" geben soll, auch wenn die Realität andere Wege geht. Dem Irrationalismus der Nation als 'höchstem Wert' wird die ebenso irrationale Meinung entgegengestellt, die Nation 'an sich', die einheitlich deutsche jedenfalls, sei der Schritt in den Abgrund.

Was die deutschen Verhältnisse angeht, macht sich hier eine 'unbewältigte Vergangenheit' der Linken bemerkbar; deren nationalpolitische Ideen sahen vor 1933 und nach 1945 vielfach anders aus, als es noch vor wenigen Jahren die Hausgeschichtsschreibung der Kommunisten und das 'verfassungspatriotische' Selbstverständnis der Sozialdemokraten wahrhaben wollten. Hinzu kommt, daß die Geschichte der Arbeiterbewegung ganz allgemein durch den Widerspruch von deklarierter internationaler Solidarität und realer nationaler Egozentrik gekennzeichnet war.

Ein praktischer Internationalismus, eine realistische linke Alternative zur 'nationalen Identität' als Leitbild auch in der Arbeiterbewegung tat sich schwer in den Zeit, in denen die kapitalistische Ökonomie selbst ihre inneren Konflikte und Konkurrenzen noch in nationalen Formen austrug, - und in denen andererseits der nichtkapitalistische Versuch einer 'Modernisierung' sich nationalstaatlich organisierte, als 'Sozialismus in einem Land', oder gar als machtgestützte und gewaltförmige Übertragung 'sozialistischer Modelle' der einen Nation auf andere Nationen auftrat.

Die katastrophalen Folgen dieser Versuche lassen sich heute nicht mehr verhüllen, und es ist vom historischen Vorgang her nicht verwunderlich, daß die Ablösung von dieser Art des 'Sozialismus' nun selbst wiederum auch in der Form nationalistischer Bewegungen verläuft.

Wenn gegenwärtig bis weit in die Linke hinein das Gefühl sich ausbreitet, "Marx" sei "tot", die "Nation" aber (wenn schon nicht "Jesus", wie Norbert Blüm entweder sich selbst oder zumindest anderen als gesellschaftsgeschichtliche Lagebeschreibung vortäuschte) sei "lebendig", so zeugt dies von Unkenntnis einiger Grundannahmen, die bei Marx zu finden sind. Was immer in dessen Theorien auch an irreführenden Gedanken zu entdecken ist (wer dürfte anderes erwarten? Marx selbst jedenfalls war bereit, Marx zu revidieren); die Vorstellung, nationalstaatliche Gewalt könnte 'sozialistische' Bastionen gegen die weltweite Entfaltung der kapitalistischen Okonomie aufrichten, war kein Marx'scher Irrtum, denn sie widerspricht dessen Prognosen aufs Eindeutigste.

Was die Geschichte der deutschen Linken, deren Verhältnis zur 'nationalen Frage' angeht: Nicht ein Mangel an nationalpolitischem Glauben hat die deutsche Sozialdemokratie nach 1945 in die langjährige Ohnmacht und die deutschen Kommunisten in derselben Zeit in eine terroristisch-bürokratische Fiktion historischer Macht getrieben; es war eher das Übermaß an Zutrauen in die 'nationale Lösung', aus dem sich das Desaster der Linken ergeben hat. Die deutsche Sozialdemokratie hing bis Ende der fünfziger Jahre der Idee an, die deutsche Einheit werde die Alternative zur 'Restauration' national und staatlich hervorbringen - ohne soziale Bewegung, ohne den Konflikt um ökonomisch-soziale Kräfteverhältnisse von unten her austragen zu müssen.

Als die SPD sich mit und nach Godesberg im bestehenden ökonomischen System eingerichtet und dann auch die Westintegration der Bundesrepublik akzeptiert hatte, wurde die Erinnerung an die eigenen 'gesamtdeutschen' Erwartungen störend. Ohne selbstkritischen Rückblick trat das 'nationale' Argument bei der SPD in den Hintergrund; an seine Stelle rückte nun der westdeutsche Verfassungspatriotismus, ergänzt um die 'neue Ostpolitik', der es um 'Stabilität' des Staatensystems ging.

Verdrängtes kann leicht und nicht gerade vernunftbegleitet wieder hervortreten; kein Wunder, daß die SPD sich im November 1989 von nationalen Gefühlswogen erfassen ließ, von einer 'Naturkraft', dem von Willy Brandt formulierten Satz entsprechend: da soll zusammenwachsen, was zusammengehört.

Und andererseits: Der deutsche Kommunismus nach 1945 hatte sich zunächst darauf eingelassen, Machtgewinn der Linken von einer 'nationalen Front' zu erhoffen, die eine national-neutralistische Politik unter dem Schutz und auch im Interesse der Sowjetunion durchsetzen sollte - abseits der Kämpfe der Klassen.

Als dieses Konzept scheiterte, wurde der "Aufbau des Sozialismus" in der Separatstaatlichkeit der DDR (die ursprünglich von der UdSSR und der KPD/SED nicht gewollt war) als Erfüllung der "deutschen Nationalgeschichte" propagiert; so als sei dieser 'Sozialismus' dem revolutionären Willen der (Ost-)Deutschen entsprungen.

Kein Wunder, daß eine solche nationalstaatliche 'Erziehungsdiktatur' mit sozialistischem Anspruch, in Wahrheit eine historische 'Verlegenheitslösung' mit patriotischem Aufputz, bei ihrem Zusammenbruch nicht neue sozialistische Bestrebungen, sondern alte deutschnationale Emotionen freisetzt. Wo die konservative Kritik der Linken recht hat, soll sie recht behalten: Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß es in Deutschland-West auch Linke gab, die trotz mancher Kritik am System der DDR ihre Hoffnung darin sahen, daß kompensatorisch zur Ohnmacht der Sozialisten in der Bundesrepublik der Staat in Deutschland-Ost doch so etwas wie eine deutsche Alternative zum Weltkapitalismus verkörpern könne.

In alledem steckte die Selbstpreisgabe der Linken als einer sozialen und politischen Bewegung "von unten her"; der gesamtdeutsche oder teildeutsche Nationalstaat sollte seine 'Mission' erfüllen - stellvertretend für jene große Mehrheit der Menschen, deren Befreiung, wie die Arbeiterbewegung einst wußte, nur das 'eigene Werk' sein kann.

Insofern ist der neue Nationalismus (nicht nur, aber) auch das fatale Resultat eines linken Irrglaubens an die Eigenmacht nationaler Staatspolitik.

Arno Klönne

Deutsche Fragen - 1952

Wir veröffentlichen im folgenden erstmals ein Memorandum, das im Oktober 1952 der Wirtschaftspublizist Dr. Emil Hoffmann dem damaligen Vizekanzler Blücher zuleitete, der es u.a. Bundeskanzler Adenauer zur Kenntnis gab. Es wies auf innere Probleme der sowjetischen Deutschlandpolitik und daraus herzuleitende Chancen einer westdeutschen Politik in Richtung auf die deutsche Einheit hin; daß solche Möglichkeiten von Bonn nicht ausgelotet wurden, kann in der historischen Rückschau als westdeutscher Beitrag zur langfristigen Stabilisierung des "Ulbricht-Staates" betrachtet werden.

Hoffmann stützte sich in seinem Memorandum auf Gespräche mit Mitarbeitern der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland (die ab 1949 die Sowjetische Militäradministration in Deutschland abgelöst hatte); der politische Kopf dieser Institution war Botschafter Semjonow. Hoffmann war 1949 auch an Diskussionen beteiligt, die Prof. Ulrich Noack (Nauheimer Kreis) als Verfechter einer gesamtdeutschen Neutralität mit Semjonow und anderen Vertretern der sowjetischen Besatzungsverwaltung führte, im Beisein von Ulbricht, der daraufhin alles tat, um die Kontakte zwischen Noack und den Sowjets zu durchkreuzen.

Das Hoffmann-Memorandum wirft ein interessantes Licht auf denkbare Alternativen in der Deutschlandpolitik zu Zeiten des Kalten Krieges. Auch dieses Kapitel deutscher Geschichte war nicht "Naturgeschehen", sondern Resultat interessengeleiteter Entscheidungen politischer Akteure; die Bundesregierung in Bonn im Jahre 1952 war einer dieser Akteure.

Zur Frage der russischen Deutschland-Politik

(Anlage zum Schreiben an Vizekanzler Dr. Blücher von Dr. Emil Hoffmann, Berlin)

Als sich im Herbst 1949 nach der Bildung der Bundesregierung abzeichnete, daß Westdeutschlands politische Entwicklung neben der eigenen Konsolidierung zur Linie einer europäischen und atlantischen Gemeinschaft führen könne, aus der zwangsläufig eine erhebliche Stärkung des unter Amerikas Führung stehenden Westens folgen mußte, löste diese "gefährlichste Bedrohung Rußlands" (Prawda) in der russischen Politik gegenüber Westdeutschland erhebliche Meinungsverschiedenheiten aus. Damals begann auch der Kampf zwischen Karlshorsts diplomatischen Experten und den Exponenten der russischen Partei- und Sicherheitsstellen, der nunmehr nach langem schwankendem Auf und Ab zugunsten der russischen Sicherheitsorgane entschieden zu sein scheint und wahrscheinlich zum Jahresende oder spätestens im Frühjahr zur Abberufung des Botschafters Semjonow und seiner maßgeblichen Mitarbeiter führen wird.

Nachdem sie die deutsche Reaktion auf die turbulenten Übergriffe der russischen Militärs einige Jahre studiert hatten, kamen Semjonow und Männer wir Kratyn, Guljaew, Timofejew u. a. zu der Erkenntnis, daß eine Volksdemokratisierung Deutschlands nach den schweren psychologischen Fehlern und Ausschreitungen - über die sie höchst ungern ein Gespräch führen - nicht mehr zu erreichen sei. Sie sehen auch in der deutschen Lebensart, im tief verwurzelten Streben nach individueller Freiheit und in der hohen sozialen Stellung der breiten Massen Deutschlands wesentliche Faktoren, die dem russischen Endziel, der sozialistischen Revolution ihrer Prägung, fast unüberwindliche Hindernisse entgegensetzen.

Sie sind darüber hinaus auch von tiefem Mißtrauen erfüllt, ob die in der Ostzone angewandten Methoden, für die nach wie vor die russischen Sicherheitsstellen verantwortlich sind, und selbst die mit soviel Aufwand betriebene Umerziehung der Jugend zu den von ihnen gewünschten Ergebnissen führen.

Diese nur für Uneingeweihte erstaunliche Tatsache hat ihren Grund in dem russischen Mißtrauen gegenüber allem Deutschen und wird im allerinnersten Bereich von Angst und Respekt vor der deutschen Kraft und vor dem deutschen Soldaten genährt. Dies bezieht sich nicht allein auf die Deutschen im Westen, sondern ebenso sehr auch auf die in der Ostzone, ganz gleich ob es sich um SED-Angehörige, Mitglieder anderer Parteien oder politisch Indifferente handelt. Und sogar die Führung dieser Gruppen hat laufend gegen dieses Mißtrauen anzukämpfen, obwohl sie doch durch die harte Schule der linientreuen Auslese gegangen ist.

Man kann daher der in Westdeutschland gebräuchlichen These, die SED und ihre Führung sei vom Vertrauen der Russen getragen, nicht vernehmlich genug widersprechen, worin aber auch die große Chance einer gesamtdeutschen Politik liegt; denn die Russen sehen in der SED nichts anderes als ein Werkzeug, das sie in ihrem Sinne handhaben und zu handhaben versuchen, solange es noch brauchbar ist.

In dem Ge- oder Verbrauch dieses Werkzeuges werden aber auch die Spannungen sichtbar, die im russischen Bereich selber vorhanden sind. Erstaunlicherweise ist bisher nichts davon zu merken, daß der Westen und die deutschen Politiker in Westdeutschland diese Rivalität der Russen untereinander ausgenutzt hätten. Vielmehr spricht man - fast möchte man sagen - mit einem gewissen Erschrecken von der Einheitlichkeit der russischen politischen Linienführung. Diese mag es vielleicht auf allerhöchster Ebene geben, nicht aber im Bereich der russischen Statthalter und gar nicht auf der Subordinationsbasis. Militär,

Partei, Diplomatie und Wirtschaftsstellen der Russen gehen daher in vielem eigene, voneinander oftmals gänzlich divergierende Wege, zu denen nur die Angst vor dem eigenen Staatssicherheitsdienst Brücken schlagen kann.

Soweit darin die Zwei- und Mehrgleisigkeit der russischen Politik ihre natürliche Erklärung findet, die meines Erachtens auch grundsätzlich ein Prinzip der russischen Politik ist, vermag man von Westdeutschland aus diesen Faktor in die eigene politische Planung einzubeziehen. Für die SED jedoch bleibt diese Vielspurigkeit eine ständige Bedrohung, die die meisten Kopfschmerzen verursacht; denn bei dem von den Russen aufrechterhaltenen "Herr-im-Haus-Standpunkt" liegt ja die Gefahr nahe, zwischen den Mühlsteinen der verschiedenen Gruppen zerrieben zu werden.

Die darin zum Ausdruck kommende Unsicherheit der SED-Führung wurde am deutlichsten, als Ministerpräsident Grotewohl auf Veranlassung des Botschafters Semjonow - und nach offenbarer Abstimmung mit Moskau - seine bekannten Angebote machen mußte, denen etwa 4 Wochen vorher die Überreichung eines Memorandums in Karlshorst durch nationalgesinnte, nichtkommunistische Westdeutsche vorausgegangen war.

Wie einen aufgescheuchten Ameisenhaufen hatten die russischen Befehle, die die Grotewohl-Vorschläge veranlaßten, die SED-Führung in Bewegung gebracht. Erinnerungen an 1939 wurden wach und kolportiert, als im Zuge des Übereinkommens zwischen Stalin und Hitler zahlreiche nach Rußland emigrierte Kommunisten an die Gestapo ausgeliefert wurden. Niemals hatten die bürgerlichen und antikommunistischen Kräfte der Ostzone eine solche Chance, bemühten sich doch die meisten auf ihren Sesseln wackelnden SED-Experten, einer eventuellen gesamtdeutschen Ent-Sed-isierung zu entgehen.

Dieser Weg der von Botschafter Semjonow gesteuerten "psychologischen Ausgleichspolitik" Westdeutschland gegenüber drängte die Vertreter der russischen Partei- und Sicherheitspolitik monatelang in den Hintergrund. Damals bemühte sich der frühere russische Botschafter bei der DDR, Puschkin, der als ausgesprochener Mann von Berija und der Partei der Bolschewiki galt, um Abberufung von seinem Posten, und auch Walter Ulbricht, als ausgesprochener Statthalter des Politbüro-Kurses, versuchte, wenn er überhaupt auftrat, seine Wolfsnatur mit einem Schafspelz zu verdecken.

Botschafter Semjonow war damals allen Ernstes der Meinung, die nationalen und unabhängigen Kräfte in Westdeutschland würden mit dieser gesamtdeutschen Chance einen solchen Druck auf die öffentliche Meinung ausüben können, daß die Bestrebungen der amerikanischen Integrationspolitiker in den Hintergrund träten. Zur Unterstützung dieser Linienführung gingen die Russen - auch im Sinne des weiter oben erwähnten Memorandums - sogar soweit, daß sie sogar einem bewaffneten neutralisierten Deutschland ihre Zustimmung in Aussicht stellten und auch bereit waren, über die Kriegsgefangenenfrage zu verhandeln, wobei sie allerdings die Formulierung "Kriegsgefangene" ablehnten und den Terminus Technicus "Generalamnestie für Kriegsverbrecher" benutzten.

Hinsichtlich der in der Weltöffentlichkeit und in Westdeutschland ausführlich erörterten Möglichkeit einer Neutralisierung Deutschlands und der Gründe, warum die russische Politik eine solche Möglichkeit befürwortet, bin ich nach eingehenden Beobachtungen der Überzeugung, daß es sich um eine defensive Zielsetzung handelt, die aus der Angst der Vereinigung des deutschen Potentials der Bundesrepublik mit dem amerikanischen Potential geboren ist. Hier liegt einer der wunden Punkte der russischen Politik, der richtig einkalkuliert und im politisch-diplomatischen Spiel Westdeutschlands richtig angewandt, der Bundesrepublik enorme Chancen einräumen und die Wiedervereinigung beschleunigen Kann.

In der jetzigen Phase des westlichen Werbens um Deutschland ist es immer noch die russische Angst, die sie zu großen und größten Konzessionen bereit sein läßt. Beispielsweise würden sie ihre Truppe aus der Ostzone abziehen, falls die Amerikaner gleichfalls ihre Verbände in das Gebiet außerhalb der früheren deutschen Reichsgrenze verlegen würden. Allerdings wären sie in diesem Falle bereit, auf einem allgemeinen Friedensvertrag Frankreich das Saargebiet zu übereignen, nachdem die Franzosen die russische Annektion Ostpreußens bereits weitgehend anerkannt haben. Auch hinsichtlich der bewaffneten Verbände Deutschlands, die sie einem neutralisier-

ten Deutschland zuerkennen würden, können die Franzosen der russischen Unterstützung sicher sein. Man hat auch einen vor allem aus Frankreich kommenden Plan, eine Neutralisierung Europas, als ein in weiter Ferne liegendes Ziel akzeptiert. Die zur Zeit im Saargebiet angestrebte politische Europäisierung dürfte daher ganz im Interesse der weitgesteckten russischen Zielsetzung, der Neutralisierung Europas, liegen. Auch ist anzunehmen, daß die Anwesenheit eines maßgeblichen Saarexperten in Karlshorst im Frühjahr dieses Jahres neben den ständig laufenden französisch-russischen Gesprächen dieser Zielsetzung gedient hat.

Aus den gleichen defensiven Gründen - diesmal im weltpolitischen Maßstab - sind die Russen auch an den Plänen einer sogenannten "Weltpolitischen Dritten Front" interessiert, die von Stockholm bis Djakarta reichen und sich als Block zwischen die Spannungsfelder des Westens und Ostens einschieben soll. Ihre Gründer, zu denen maßgebliche schwedische Politiker und Kreise um Pandit Nehru gehören, denen aber auch unabhängige deutsche Politiker nahestehen, sind aus der Sorge um die abendländische Lebensweise bemüht, einen heißen Krieg möglichst nicht aufkommen zu lassen, in dem sie zumindest den Untergang des Abendlandes erblicken.

Im Gegensatz dazu erblicken die Russen in einer solchen politischen Planung eine Möglichkeit, machtpolitische Konstellationen, wie sie Amerika mit ▶

Als sich nach der von Moskau erzwungenen und teilweise brutalen Machtergreifung der Kommunisten in den osteuropäischen Ländern einschließlich der DDR im Jahre 1948 die schon latent vorhandenen Spannungen zwischen den USA und der Sowjetunion in Richtung des Kalten Krieges entwickelten und die Spaltung Deutschlands immer greifbarere Formen annahm, versuchten zahlreiche Persönlichkeiten und politische Gruppen dieser Entwicklung entgegenzusteuern. Arno Klönne hat darüber bereits im April-Heft der STUDIEN VON ZEITFRAGEN "Dritter Weg für Deutschland?" eingehendes Material beigesteuert.

Der nationalen Interessenlage aus deutscher Sicht entsprach es damals - wie auch heute noch - alles zu verhindern, was im Zuge der politischen Blockbildung zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen den im Osten und Westen stehenden gegnerischen Truppen führen könne, und wobei die Errichtung zweier deutscher Staaten und deren Integration in das jeweilige feindliche Lager zu einer weiteren kriegerischen Gefährdung werden konnte.

Eine der obengenannten überparteilichen Gruppen war der von dem Würzburger, damals noch der CDU angehörenden Professor Ulrich Noack gegründete 'Nauheimer Kreis', der durch eine Neutralisierung Gesamtdeutschlands die Konfrontation feindlicher Truppen auf deutschem Boden verhindern und dadurch auch eine Spaltung Deutschlands überflüssig machen wollte.

Die damals den Amerikanern militärisch weit unterlegenen Sowjets waren durch die im Westen angelaufenen Verhandlungen über eine westliche Verteidigungsgemeinschaft und eine mögliche Einbeziehung der neugebildeten BRD bis in die Fugen aufgescheucht und verängstigt. Sie suchten daher auf allen ihnen möglichen Wegen (Parteien, Oppositionsgruppen, Wirtschaftsexperten, Offiziersverbände und auch Länderminister wie den "Ochsensepp") Kontakte und Möglichkeiten, um einer solchen Entwicklung entgegenzuwirken.

Mit dem Nauheimer Kreis wurde die direkte Verbindung zu dem damaligen Hohen Kommissar der UdSSR in der Ostzone, 'Semjonow', direkt hergestellt, nachdem Professor Noack anläßlich der Leipziger Herbstmesse 1949 vor einem geladenen Kreis einen Vortrag über sein Programm hielt, zu dem ich ihn als damaliger Leiter der Frankfurter Redaktion der Münchner Wochenzeitung 'Echo der Woche' und der Wirtschaftszeitung in der französischen Zone 'Wirtschaftsrevue' (Konstanz), begleitet hatte.

Der Vortrag Noacks war für Semjonow und seine Mitarbeiter von außerordentlichem Interesse, weil eine Neutralisierung Deutschlands unmittelbar ihren Sicherheitsinteressen entsprach. Nicht angetan war von Noacks Ausführungen jedoch Walter Ulbricht, weil die kurz vor der Gründung stehende DDR Unsicherheitsfaktoren für deren künftige Entwicklung und Existenz sah. Er ließ daher auf einer am darauffolgenden Abends durchgeführten Veranstaltung Noacks Thesen zerreißen und verbot die Mitgliedschaft im Nauheimer Kreis für DDR-Bürger.

Nach meiner beruflichen Übersiedlung nach Westberlin im Januar 1950 wurden die Kontakte und Gespräche mit den Sowjets erweitert und auch im Auftrag Noacks der Versuch gemacht, Ulbricht zur Zurücknahme seiner Kampagne gegen die in der DDR wohnenden früheren Mitglieder des Nauheimer Kreises zu veranlassen. Das gelang zwar nicht, weil die Sowjets sich in dieser Angelegenheit nicht in die inneren Verhältnisse der DDR einmischen wollten. Für sie war jedoch damals schon der eigene Sicherheitsfaktor erheblich bedeutsamer als etwaige Probleme, die sich für die neu geschaffene DDR aus einem neutralisierten und wiedervereinigten Deutschland ergeben würden.

In den Unterredungen mit den Mitarbeitern aus dem Stabe Semjonows ergaben sich auch weitere Aspekte für eine deutsch-sowjetische Zusammenarbeit, deren Umfang mir von nationaler Bedeutung schien. Ich sah mich daher veranlaßt, sie über den mit mir befreundeten damaligen Pressechef (späteren Botschafter Dr. Sonnenhol) des Vizekanzlers 'Blücher' diesem zu unterbreiten. Von ihm erfuhr ich, daß der Vizekanzler meinen Bericht Bundeskanzler Adenauer übermittelte, der Regierungschef also genaue Kenntnis von dem Inhalt hatte. Die weitere Entwicklung ist bekannt.

Mai 1990 *Dr. Emil Hoffmann*

Hilfe des westdeutschen Potentials jetzt anstrebt, zu stören, hinauszuschieben oder zu verhindern, die den jetzigen Status Quo bedrohen könnten; denn der Grad der russischen Überfressenheit, die die früheren Alliierten in Yalta und Potsdam sanktioniert haben, ist so groß, daß eine Konsolidierung dieses Zustandes noch Jahre, wenn nicht Jahrzehnte dauert, worin auch der wahre Grund der russischen propagandistischen Friedenspolitik zu erblicken ist. Solange daher Westdeutschland keine Bedrohung Rußlands darstellt, ist meines Erachtens nicht anzunehmen, daß ein sogenanntes neutralisiertes Vakuum Gesamtdeutschland in den Sog der russischen Expansionspolitik kommen kann, oder daß die Russen zu offensiven oder militärischen Maßnahmen gegen Westdeutschland oder Gesamtdeutschland schreiten werden.

Diese These wird am besten bewiesen durch die russische Einstellung zur westdeutschen Innenpolitik, die ich besonders genau beobachten konnte. Nachdem die Phase der Zerstörung, Ausbeutung und Niederhaltung Deutschlands, die auch heute immer wieder Anknüpfungsmöglichkeiten zu den französischen Politikern bietet, durch die Wandlungen der amerikanischen Deutschland-Politik von der Morgenthau-Ära zum heutigen Status in Erscheinung trat, schwenkten die Russen mit außerordentlicher Elastizität in eine die nationalen deutschen Interessen berücksichtigende Entwicklung ein. Dies wirkte sich sogar in der Ostzone durch die Schaffung der sogenannten Nationalen Front und durch die Zulassung der NDP als der Sammelpartei für ehemalige Militärs und Nationalsozialisten aus.

Man erkannte allmählich, daß es den Amerikanern, falls sie auf die nationalen Wünsche der westdeutschen Bevölkerung Rücksicht nähmen, nicht allzu schwerfallen würde, die Gefühle der breiten Masse, insbesondere aber der Flüchtlinge, einzufangen und damit eine amerikanisch-deutsche Allianz zu schaffen, die früher oder später zu einer Bedrohung durch einen Krieg führen könne. Infolgedessen mußten sie sich zumindest in Westdeutschland auf einem Gleis ihrer mehrgleisigen Politik von den ihnen anhängenden kommunistischen Parteigängern lösen und Kontakt mit den eine nationale Unabhängigkeit - auch von Amerika - anstrebenden Kräften suchen. Zur Erreichung dieses Ziels sind die Russen unter Semjonows Aktivität in den letzten zwei Jahren außerordentlich weit gegangen.

Diese defensive Realpolitik brachte ihnen aber erhebliche Schwierigkeiten aus den Reihen der SED, die sich zurückgesetzt fühlt, weil man ihr bisher im Rahmen der Kominform die Gleichberechtigung versagte. Denn die Ideologie der kommunistischen Internationale kennt keine Privilegierung der russischen Genossen, weshalb es auch vielen Funktionären der SED unmöglich ist, die Politik der Macht und Ausbeutung, die Rußland lange Zeit als Leitmotiv der Ostzonenpolitik ansah, in Einklang mit der kommunistischen Ideologie zu bringen,

Im Zuge der den nationalen Interessen des deutschen Volkes zu bringenden Konzessionen, die - ich betone es nochmals - nach meinen mehrjährigen außerordentlich kritischen Beobachtungen defensiv ausgerichtet sind und eine Verhinderung einer Interessenkoordinierung Westdeutschlands mit Amerika zum Ziel haben, suchten die Russen zuerst Kontakt zu Kreisen des westdeutschen nationalen Lagers und zu den Gruppen und Grüppchen der in der Formierung begriffenen westdeutschen nationalen Opposition. Deren mit ihnen in Verbindung gekommene Vertreter haben dadurch Gelegenheit gehabt, in außerordentlich offener Weise die Fehler der russischen Deutschland-Politik - außerhalb des propagandistischen Rahmens - aufzuzeigen, zu tadeln und Vorschläge zu einer Entspannung des deutsch-russischen Verhältnisses zu machen. Die Russen haben dabei zu erkennen gegeben, daß sie zu freien Wahlen und zum Opfer der SED bereit sind, falls eine mögliche Bedrohung durch ein wiedervereinigtes Deutschland ausgeschaltet werden könne.

Sie haben sogar - in Fortsetzung dieser Linie - auf dem internationalen Parkett durch die Tschechen die polnische Frage ventilieren lassen, und zwar dergestalt, daß anläßlich schwedisch-tschechischer Handelsbesprechungen in Prag auf einem hochoffiziellen Essen, an dem mehrere Regierungsmitglieder und die verantwortlichen Spitzen der tschechischen Wirtschaft teilnahmen, in breitem Umfang darüber diskutiert wurde, was wohl mit dem armen Polen werden solle, wenn sich die Russen nochmals wie im Jahre 1939 über deren Kopf hinweg einigen würden?

Die Beurteilung dieses Problems durch die Rus-

sen ist neben dem für sie erstrangigen "safety first"-Standpunkt eine real kaufmännische. Sollte ein von allen Besatzungstruppen geräumtes Deutschland auf die Eingliederung in das unter Amerikas Führung aufgebaute Paktsystem des Westens verzichten, das Ruhrgebiet nicht für die US-Rüstung zur Verfügung stehen, und sollten Sicherheitsgarantien gegen einen von den Russen aus der Angst vor einem starken Deutschland und wegen ihres diesbezüglichen schlechten Gewissens gerade von diesem befürchteten Angriff auf Rußland vorhanden sein, so würden sich die deutschen Atouts gegenüber den polnischen auf der russischen Waage unschwer als beachtlicher herausstellen. Außerdem macht den Russen der polnische Nationalismus mehr denn je zu schaffen. Auch die französische Trumpfkarte, ihre Anerkennung der Oder-Neisse-Linie, würde im selben Augenblick an Durchschlagskraft verlieren, wenn die Russen von der Angst befreit wären, die ihnen ein nicht neutralisiertes und in den Westblock eingegliedertes Deutschland ständig einflößt. Nach ihrer Meinung kann Amerika mit all seinen militärischen Arrangements und mit einer als von Russen als unbedeutend bewerteten Europa-Armee ohne Westdeutschland niemals einen Sieg über Rußland davontragen. Da sie aber die Chancen des Westens mit einer fanatisierten deutschen Wehrmacht für beachtlich halten, ist ihnen kaum ein Preis zu hoch, um dies zu verhindern - auch nicht die Oder-Neisse!

Obwohl ich mit diesem Bericht einzig und allein meine Beobachtungen wiedergeben und keine Vorschläge für eine Auswertung machen will, wozu mir auch die Kompetenz fehlte, glaube ich aus meinem früheren Kontakt mit den Russen sagen zu können, daß angesichts des alles überragenden Interesses der Russen an Westdeutschland keine Notwendigkeit besteht, bei eventuellen Verhandlungen Vorschlägen nachzugehen, die auf einen Abkauf der russischen Faustpfänder hinzielen. Denn das russische Interesse hält sich mit dem für die Faustpfänder einzusetzenden Preis die Waage, wodurch sich Westdeutschland bei Verhandlungen in einer günstigen Ausgangslage nach allen Seiten befindet. Es könnte also auch im Hinblick auf das russische Liebeswerben Forderungen gegenüber dem Westen erheben.

Da die Russen dies in ihre Berechnungen mit einbezogen haben, sind ihre Konzessionen labil gleitend immer größer geworden. Zwar haben sie für gesamtdeutsche Gespräche nochmals ihre Pankower Werkzeuge vorgeschickt. Es darf aber damit gerechnet werden, daß sie ihre Ziele nicht an formalistischen Dingen scheitern lassen. Ich nehme daher an, daß sie im jetzigen Zeitpunkt bereit wären, mit Vertretern Westdeutschlands einen direkten Gedankenaustausch oder auch Verhandlungen aufzunehmen, also Tatsachen zu schaffen, die sie noch vor mehr als einem Jahr, als man deswegen an sie herantrat, auf die Plattform der Regierung der Ostzone verschieben wollten.

Die durch eine solche Aktion hervortretende Unruhe bei der SED, die das Gefüge der DDR ähnlich wie bei den Grotewohl-Vorschlägen erschüttern und der gequälten Ostzonenbevölkerung neue Hoffnung geben würde, könnte als von den Russen in Kauf genommen angesehen werden, da ein größeres außenpolitisches und Sicherheitsinteresse im Westen vorliegt. Sie schätzen den Wert der Ostzonenpolitiker überhaupt gering ein, weil es ihnen an der bei den Russen sehr beliebten Zivilcourage fehlt. Westdeutsche nichtkommunistische Unterhändler haben daher sowohl bei den Russen als auch vom gesamtdeutschen Interesse her - wenn sie eine selbstbewußte Haltung vertreten und Hemmungen, Furcht und Ressentiments außer Acht lassen - immer eine bessere Ausgangsbasis.

Falls sich also vom Standort der internationalen Situation, in der sich Westdeutschland zur Zeit befindet, eine Möglichkeit ergäbe, durch Vertrauensmänner oder offiziöse Persönlichkeiten unmittelbaren Kontakt mit den Russen aufzunehmen - sei es in Karlshorst oder in neutralen Ländern wie Schweden oder die Schweiz es sind, so wäre zumindest bis zur Ratifizierung oder zum Inkrafttreten der Vertragswerke Gelegenheit dazu gegeben. Die Russen scheinen zu solchen Verhandlungen auch geneigter, als sich über den Kopf der Deutschen hinweg mit Amerika direkt zu einigen. Diese russische Absicht scheint mir allerdings nur im Hinblick auf Japan und Deutschland Gültigkeit zu haben. Sollte sich eine globale Einigung mit Amerika und eine Abgrenzung der hegemonialen Interessen ermöglichen lassen, würden sie aus ihrer Angst vor einer deutschen Wiedergeburt Deutschlands Interessen ebenso wie seit 1945 mit Füssen treten.

Neben diesen facts der russischen "psychologischen Ausgleichspolitik", in der viele Möglichkeiten für eine deutsche Wiedervereinigung in Freiheit liegen, ist seit Juni 1952, und sanktioniert durch den kürzlichen Parteikongreß, die Politik der Sicherheit gegenüber einem in den Westen integrierten Deutschland im Vormarsch begriffen. Hatte man sich bisher bemüht, im Hinblick auf den Westen und aus optischen Gründen gegenüber der westdeutschen Bevölkerung, eine aufsteigende Tendenz in der Entwicklung des ostdeutschen Staates und eine Konsolidierung der dortigen Verhältnisse zu dokumentieren, was in der Erweiterung der Regierungsbefugnisse der Ostdeutschen seinen Ausdruck und im Besuch des russischen Staatspräsidenten seinen propagandistischen Höhepunkt fand, so ist in Wirklichkeit bereits eine umgekehrte Entwicklung angelaufen.

Je mehr die Russen ihre Zielsetzung begraben, durch eine Neutralisierung Deutschlands eine gewisse balance of power schaffen und dadurch einen Krieg verhindern zu können, richten sie sich darauf ein, Westdeutschland endgültig als feindliches Ausland anzusehen. Damit zerreißen aber endgültig die bisher noch dünnen Fäden, an denen die deutsche Wiedervereinigung jetzt noch hängt, und die Ostzone wird im Zuge der Einigelung der Ostblockländer als volksdemokratisches Faustpfand und Ausbeutungsobjekt einer deutschen Passion überantwortet, die weit tragischere Folgen zeigen wird als die Leiden, die die westberliner Bevölkerung durch die gravierenden, in der Vorbereitung fast schon beendeten Maßnahmen des Ostens zu erwarten haben wird.

Abschließend möchte ich noch auf Äußerungen höchster russischer Stellen hinweisen, die in privaten Gesprächen ihrer Entschlossenheit Ausdruck gegeben haben, einen 22. Juni 1941 nie mehr zuzulassen.

Tabula rasa-Handlungen durch Satelliten, die auf russischen Befehl hin erfolgen, sind daher nicht außer Betracht zu lassen. Endlich dürften in Moskau spätestens im Frühjahr die Entscheidungen darüber fallen, ob man den jetzigen defensiven Standpunkt des Zeitgewinnens noch weiter aufrechterhalten kann; oder ob man gezwungen ist, der als lebensgefährliche Bedrohung Rußlands angesehenen westdeutschen Integrierung präventiv in die Flanke zu stoßen. ◀

Nachtrag zum Memorandum "Zur Frage der russischen Deutschlandpolitik" vom 23.10.1952 an Vizekanzler Dr. Blücher. Stand: 27.01.1953

Die in meinem ursprünglichen Bericht noch offene Alternativentscheidung der Russen hinsichtlich ihrer Deutschlandpolitik ist seit der Wahl Eisenhowers als USA-Präsident beendet worden, und hat einer hundertprozentigen Änderung - wie vorausgesehen - Platz gemacht. Alle Reste und Experten der sogenannten psychologischen Ausgleichspolitik werden systematisch beseitigt. Auch Botschafter Semjonow befindet sich seit 4 Wochen in Moskau und wird nicht wieder hierher zurückkehren. Nach russischer Version ist Westdeutschland nunmehr endgültig als feindliches Ausland zu betrachten, nachdem man der Meinung ist, daß die Verträge in irgendeiner Form akzeptiert werden und das Volk nicht stark genug ist, sich ihnen zu widersetzen. Eine Rücksichtnahme auf die westdeutsche Bevölkerung ist daher überflüssig geworden.

Infolgedessen werden in der DDR auch alle Sicherheitsmaßnahmen getroffen, denen man bisher mit dem Blick auf Westdeutschland nur zögernd folgte. Die Beseitigung der bürgerlichen Blockpolitiker der Ostzone ist daher nur eine der jetzt systematisch durchzuführenden Maßnahmen im Hinblick auf eine totale Umwandlung der DDR in eine Volksdemokratie. Ulbrichts totaler Vernichtungsfeldzug gegen alle eigenständigen Kräfte hat nunmehr freie Fahrt. Infolgedessen sind auch die Aufrufe des gesamtdeutschen Ministeriums zum Durchhalten völlig widersinnig; denn die Bevölkerung wird jetzt in einem Terror ohnegleichen zur völligen Apathie und Lethargie dahinvegetieren müssen, oder von den erbarmungslosen Schergen des MWD oder des SSD zugrunde gerichtet werden.

Während bis zum Spätherbst Chancen vorhanden waren, durch eventuelle Verhandlungen die Zügel einer gesamtdeutschen Entwicklung noch schleifen zu lassen, muß man heute angesichts der hundertprozentigen Wandlung der russischen Zielsetzung vor Hoffnungen warnen, eine gesamtdeutsche Lösung sei auch heute noch zu erreichen.

Mayers und Pfleiderers Vorschläge, so sehr sie auch im Herbst noch die letzten Hoffnungsstrahlen einer Wiedervereinigung boten, erscheinen mir durch die Kursschwenkung der Russen heute nicht mehr durchführbar. Denn die Luft im Osten ist so verpestet, daß man heute sogar gegen die gutmeinenden gesamtdeutsch ausgerichteten Gruppen - ausgenommen Wirth - als Agenten des imperialistischen Krieges Sturm läuft, so daß es nicht mehr lange dauern dürfte, bis Ulbricht durch Verhaftungen dieser Kräfte, wenn sie sich in Ostberlin oder der DDR aufhalten, die letzten Brücken zu Westdeutschland abgerissen haben wird. ◄

Semjonows und Ulbrichts Kontroverse

Im Rahmen einer Analyse der russischen Neutralisierungspolitik erscheint es nicht unwesentlich, die Spannungen zu beleuchten, die seit jeher zwischen Botschafter Semjonow und Walter Ulbricht bestanden haben. Zeigt sich doch daran, wie sehr im Rahmen eines heterogenen Auf und Ab dennoch eine zentrale Moskauer Steuerung zum Ausdruck kommt.

Semjonows tief fundiertes Wissen von den geschichtlichen Zusammenhängen, aus denen heraus sich die deutsche Politik entwickelt hat, seine feinnervigen kulturellen Regungen und sein aus langjähriger diplomatischer Erfahrung herrührendes Geschick, politische Dinge zu meistern, haben ihn zweifellos in die vorderste Reihe der Experten gestellt, die der Kreml der westlichen Welt gegenüber als Paradepferde in seine Schaufenster gestellt hat. Kein Zweifel, daß seine Rücksichtnahme auf die psychologischen Gegebenheiten in der Politik ihn in Konflikt mit jenen Figuren bringen mußte, deren sich der Kreml zur brutalen Durchsetzung seiner Linienführung bedient und als deren Prototyp Walter Ulbricht anzusprechen ist.

Soweit nun diese Spannungen aus dem verschiedenartigen Niveau der beiden Exponenten herrühren, können sie an dieser Stelle im wesentlichen außer betracht gelassen werden; denn die Zugehörigkeit zu einer geistigen Elite berechtigt in der kommunistischen Welt nicht zu einer Rangordnung gegenüber den aus der Partei hervorgegangenen Statthaltern des Macht- und Sicherheitsapparates. Im Gegenteil! Es ist ein Symptom des kommunistischen Herrschaftsanspruches, daß das Dogma den Geist frißt, daß also die Usurpatoren der Macht sich zu rücksichtslosen Vernichtern ganzer geistiger Schichten aufgeschwungen haben.

Trotzdem hat Botschafter Semjonow in den vergangenen Jahren des öfteren Walter Ulbricht jene Verachtung gezeigt, die solch geistlosen Satellitenfiguren gegenüber angemessen erscheint, dadurch aber auch die Rangordnung in der Politik zwischen Karlshorst und Pankow eindeutig zum Ausdruck gebracht.

Karlshorst und Pankow

Kein Beispiel ist dafür geeigneter als die Politik der Neutralisierung. Als Professor Noack im August 1949 anläßlich der Goethefeiern vor den Funktionären der russischen Besatzungszone und in Gegenwart von Botschafter Semjonow und der wichtigsten Experten seines Stabes die Auffassung des Nauheimer Kreise zur Geltung brachte, konnte dies nicht geschehen, ohne daß er mit einer Reihe von Mißständen ins Gericht ging. Es ge-

schah zeitweise unter atemloser Spannung seiner Zuhörer.

Manche von ihnen sahen verwirrt zu dem immer nervöser werdenden Ulbricht, der zeitweilig perplex an seiner Krawatte nestelte. Man hätte eine Stecknadel fallen hören können, und es war nicht von ungefähr, daß der nach dem Vortrag hinter Noack zur Toilette watschelnde Nuschke meinte, eine solche Kritik an Ulbricht sei noch nicht dagewesen, sie könne Noack aber den Kopf kosten. Dabei hatte Noack die üblichen Formen seiner professoralen Linie nicht verlassen und keinesfalls eine kämpferische oder oppositionelle Rede gehalten.

Noacks Herausforderung

Ulbricht, bleich vor Wut, gab dann doch am gleichen Abend die Weisung an die Funktionäre, die Ostzonenreise Noacks schärfstens zu überwachen und die von Noack geäußerten Gedanken durch geschulte Agitatoren in der Diskussion völlig ad absurdum zu führen. Nur so ließ sich auch erklären, warum die anläßlich der Eröffnung der Leipziger Messe angesetzte Friedenskundgebung mit einem Noack-Referat ohne Rücksicht auf den Eindruck, den die Öffentlichkeit davon gewinnen mußte, eine Abrechnung mit den von Noack vertretenen Thesen wurde, ja, daß der Vertreter der FDJ und die Leiterin der kommunistischen Frauenbewegung in der Ostzone, Elli Schmidt, sich öffentlich zu Injurien gegen Prof. Noack hinreißen ließen, und zwar von der gleichen Bühne aus und vor dem gleichen Publikum, das gerade vorher dem Noack-Vortrag zum Teil begeistert gefolgt war.

Semjonow indessen, dem die Zuspitzung des Verhältnisses zwischen Noack und Ulbricht nicht entgangen war, und der daran auch nicht ohne Interesse vorbeisehen konnte, wandte sich mit sichtlichem Schmunzeln Noack zu, ließ ihn und seinen Begleitern durch seinen Mitarbeiter Guljaew ein festliches Diner kreieren und lud ihn zu einem Besuch in Karlshorst ein, was bei Ulbricht mit größter Verbitterung, bei einer Reihe von Funktionären und insbesondere bei den Politikern der Ost-CDU und LDP mit größtem Erstaunen beachtet wurde.

Als dann Walter Ulbricht einige Monate später vor der sowjetzonalen Verwaltungsakademie in Forstzinne seine große Rede gegen die Neutralisten des Nauheimer Kreises hielt, schien es, als habe der Semjonowsche Seitensprung in die Ideologie des Würzburger Professors eine Rüge von allerhöchster Befehlsstelle bekommen. Bald aber mußte Ulbricht erfahren, daß er weder durch die langen Jahre der russischen Emigration noch durch den Umgang mit den Experten der russischen Besatzungsmacht ein Fachmann der russischen Politik geworden ist. Denn was bedeutete für sie der Kitzel des Prestiges von Walter Ulbricht oder eine Optik, die sich in propagandistischem Nebel verliert. Im Hinblick auf die vom Kreml festgesetzte Politik zur Neutralisierung Deutschlands verlangte daher Semjonow den Ulbrichtschen Kotau und Ulbricht sprach - wenn auch in kommunistischer Übersetzung - sein pater peccavi, indem er selbst für die Neutralisierung Deutschlands eine neue Lanze brach.

Ulbricht spricht von Neutralisierung

Auch im Bereich der Innenpolitik hat die Kontroverse Ulbricht-Semjonow zu mancherlei auch äußerlich sichtbaren Spannungen geführt, im Verlaufe derer es sogar Ulbricht gelang, seinen Gegner zeitweilig auf Eis zu legen. Denn während in außenpolitischer Hinsicht die von oben diktierten Richtlinien unantastbar waren, konnte um das Problem, in welcher Weise und mit welchen Gruppen in der Ostzone regiert werden sollte, der Gegensatz zwischen der Semjonowschen psychologischen Ausgleichspolitik und der Ulbrichtschen Partei- und Sicherheitspolitik im Bereiche der beiden Politikern übertragenen Kompetenzen zur Austragung kommen.

Die Spannungen verlagerten sich daher auch in den Bereich der beide unterstützenden Organisationen in Rußland, wobei aus der russischen Besorgnis um die Sicherheit naturgemäß denjenigen freie Hand gegeben wurde, die unter Anwendung allen polizeistaatlichen Terrors die Zwangsherrschaft in der Ostzone sanktionierten.

Semjonow indessen verfocht die Politik der weichen Hand und trat auch in der Ostzone dafür ein, die Alleinherrschaft der SED tunlichst durch bürgerliche Momente aufzulockern. Ganz zum Leid-

wesen Ulbrichts hatten die sogenannten bürgerlichen Politiker vom Schlage Kastners und Nuschkes sogar eine besonders offene Tür bei dem lange Zeit für Ulbricht nur schwer erreichbaren Semjonow. Es war aber ihr großer Fehler anzunehmen, daß sich dahinter Sympathie oder zumindest mehr als Taktik verberge. Denn obwohl diese in der Reserve gehaltenen 'Schattenminister' in spe sich auf Semjonows Weisung hin die ständige Bespitzelung durch den SSD vom Leibe halten konnten und in Umgang, Lebensweise und sogar in der politischen Betätigung eine Art Narrenfreiheit erhielten, konnte den Erkennenden nicht verborgen bleiben, daß den Bewohnern der Ostzone damit eine gewisse Fiktion von Freiheit vorgezaubert werden sollte.

Westdeutschland gegenüber wirkte dies zudem als Schaufenster, in dessen sonstiger rationierter Eintönigkeit diese "Trauben" besonders ansprechend erscheinen und die Illusion erwecken mußten, als würde sich dadurch eines Tages eine grundlegende Änderung der russischen Deutschlandpolitik ergeben.

Daß Ulbricht eine solche Abweichung von der sturen weltrevolutionären Linie gar nicht konzipieren kann, wird jeder verstehen, der Gelegenheit hatte, sich mit dieser Maschine zur Ausführung russischer Befehle zu unterhalten. Die geistige Enge linientreuer Parteidogmatik und die sture Ausrichtung auf seine ihm von den Russen übertragene Aufgabe, Befehle ohne Prüfung auszuführen, entheben ihn von vornherein von der Verpflichtung, eigene Überlegungen anzustellen. Es wäre daher auch eine Investierung in ein untaugliches Objekt, wenn man sich die Mühe machte, ihm die Notwendigkeiten einer psychologischen Politik darzulegen. Weil Semjonow dies erkannt hatte, versuchte er in seiner Eigenschaft als politischer Berater des russischen Militärbefehlshabers dementsprechende militärische Befehle durchzusetzen und später in seiner Eigenschaft als Hoher Kommissar und Chef der Kontrollkommission auf Grund des Besatzungsrechts die ärgsten Untaten Ulbrichts abzuschwächen. Als sich jedoch in der letzten Zeit vor Stalins Tod die Fronten des Kalten Krieges immer mehr verhärteten und durch die westdeutsche EVG-Entwicklung immer mehr herausstellte, daß die Politik des psychologischen Ausgleichs nicht die Kraft in sich trug, um wesentliche Teile der westdeutschen Bevölkerung einzunebeln, gewannen in den innerrussischen Kompetenzkonflikten zwischen Armee, MWD, Partei und Diplomatie wieder die Partei und Sicherheitsfaktoren die Oberhand, die Ulbricht stets den Rükken gestärkt hatten, und er konnte nach der allerdings nur mehrmonatigen Abberufung Semjonows als zeitweiliger erster Sieger umso ungestörter zum Kampf gegen die Rudimente der amorphen bürgerlichen Welt in der Ostzone ausholen.

Interessen des Sicherheitsapparates

Dieses Schaukelspiel der Mehrgleisigkeit der russischen Politik hat aber auch bei ihm seine Begrenzung da gefunden, wo die Interessen der deutschen Kommunisten mit den russischen Zielen aneinanderstoßen. Es zeigte sich nämlich, daß Semjonow in dieser Frage eine größere Stärke an den Tag legte, als die sturSten Genossen sie von diesem geschmeidigen Diplomaten erwartet hatten. Denn obwohl die weltrevolutionäre Ideologie des Kommunismus die These von der Gleichheit aller Kommunisten ohne Rücksicht auf deren völkische Herkunft aufgestellt hat, sahen sich Ulbricht und seine linientreue Avantgarde vor die Tatsache gestellt, daß die Praxis dieser ideologischen These die Antithese von Siegern und Besiegten geschaffen hatte.

Alles Aufbäumen gegen diese Praxis, die den innersten Kern ihrer kommunistischen Heilslehre erschütterte, endete daher in Befehlen, die die privilegierten russischen Genossen ihren subalternen Besiegten erteilten. Noch heute wird die Ostzone und besonders die SED ständig von Schlagwettern aufgewühlt, in denen sich die selbständigen Kräfte - getreu ihrem politischen Glaubensbekenntnis - gegen diese Deklassierung aufbäumen. Aber es blieb wieder Ulbricht als dem Vollstrecker der russischen Interessen vorbehalten, sich mit der Rolle des Sklaven abzufinden und die dagegen opponierenden Genossen in die Zuchthäuser zu werfen. Der Schatten Semjonows wird daher auch zukünftig hinter der nun formell autoritär gewordenen Figur Ulbrichts stehen, wenngleich die Verlagerung der russischen Politik von Deutschland auf Frankreich das politische Schwergewicht Semjonows weitgehend verringert hat.

Dr. Emil Hoffmann

Die acht Punkte der Übereinkunft Kohls mit Gorbatschow

Zum Zeitpunkt der Vereinigung wird Deutschland souverän

Bundeskanzler Kohl hat am Montagnachmittag die Ergebnisse seiner Gespräche mit dem sowjetischen Präsidenten Gorbatschow in acht Punkten vorgetragen. Er leitete seine Darlegungen mit dem Satz ein:

"Ich kann heute mit Genugtuung und in Übereinstimmung mit Präsident Gorbatschow feststellen:

1. Die Einigung Deutschlands umfaßt die Bundesrepublik, die DDR und Berlin.

2. Wenn die Einigung vollzogen wird, werden die Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten vollständig abgelöst. Damit erhält das geeinte Deutschland zum Zeitpunkt seiner Vereinigung seine volle und uneingeschränkte Souveränität.

3. Das vereinte Deutschland kann in Ausübung seiner uneingeschränkten Souveränität frei und selbst entscheiden, ob und welchem Bündnis es angehören will. Das entspricht der KSZE-Schlußakte. Ich habe als die Auffassung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland erklärt, daß das geeinte Deutschland Mitglied des Atlantischen Bündnisses sein möchte, und ich bin sicher, dies entspricht auch der Ansicht der Regierung der DDR.

4. Das geeinte Deutschland schließt mit der Sowjetunion einen zweiseitigen Vertrag zur Abwicklung des Truppenabzuges aus der DDR, der innerhalb von drei bis vier Jahren beendet sein soll. Gleichzeitig soll mit der Sowjetunion ein Überleitungsvertrag über die Auswirkung der Einführung der D-Mark in der DDR für diesen Zeitraum von drei bis vier Jahren abgeschlossen werden.

5. Solange sowjetische Truppen noch auf dem ehemaligen DDR-Territorium stationiert bleiben, werden die NATO-Strukturen nicht auf diesen Teil Deutschlands ausgedehnt. Die sofortige Anwendung von Artikel fünf und sechs des NATO-Vertrages bleibt davon von Anfang an unberührt. Nicht integrierte Verbände der Bundeswehr, das heißt Verbände der territorialen Verteidigung, können sofort nach der Einigung Deutschlands auf dem Gebiet der heutigen DDR und in Berlin stationiert werden.

6. Für die Dauer der Präsenz sowjetischer Truppen auf dem ehemaligen DDR-Territorium sollen nach der Vereinigung nach unserer Vorstellung die Truppen der drei Westmächte in West-Berlin verbleiben. Die Bundesregierung wird die Westmächte darum ersuchen und die Stationierung mit den jeweiligen Regierungen vertraglich regeln.

7. Die Bundesregierung erklärt sich bereit, noch in den laufenden Wiener Verhandlungen eine Verpflichtungserklärung abzugeben, die Streitkräfte eines geeinten Deutschlands innerhalb von drei bis vier Jahren auf eine Personalstärke von 370000 Mann zu reduzieren. Die Reduzierung soll mit dem Inkrafttreten des ersten Wiener Abkommens begonnen werden.

8. Ein geeintes Deutschland wird auf Herstellung, Besitz und Verfügung über ABC-Waffen verzichten und Mitglied des Nicht-Weitergabe-Vertrages bleiben." (dpa)

Deutschlands Souveränität

Das Ende des Viermächte-Status

Von Prof. Dr. Dr. Rudolf Dolzer (F A Z vom 18.07.1990)

Nach den Absprachen zwischen Präsident Gorbatschow und Bundeskanzler Kohl wird Deutschland zum Zeitpunkt seiner Einigung seine volle Souveränität erhalten. Die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in Deutschland sollen dann abgelöst werden. Sie bezogen sich auf "Deutschland als Ganzes".

Diese Formel findet sich zum ersten Mal in der Erklärung der Siegermächte vom 5. Juni 1945. Die Alliierten haben in den vergangenen 45 Jahren an dieser Rechtsposition festgehalten. Die Bundesrepublik hat den damit geschaffenen Zustand formell anläßlich der Unterzeichnung des Grundlagenvertrags im Dezember 1972 in einer an die Siegermächte gerichteten Note anerkannt. Zuvor hatte Bonn gegenüber den drei Westmächten bei der Aufhebung des Besatzungsregimes im Deutschlandvertrag akzeptiert, daß die "bisher ausgeübten oder innegehabten Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes" auch künftig beibehalten würden.

Im einzelnen ist der Umfang der Rechte der Alliierten nie definiert worden. Nach allgemeiner Ansicht umfaßten sie auch das Recht zur Bestimmung der äußeren Modalitäten einer Wiedervereinigung und das Recht zur endgültigen Festlegung der Grenzen Deutschlands. Nach dem Standpunkt der Siegermächte hatte das Recht zur Stationierung von Truppen seine Grundlage nicht nur in vertraglichen Absprachen, sondern auch im Viermächtestatus Deutschlands. Ein besonderer Aspekt der Rechtsmacht der Alliierten war immer der Status von Groß-Berlin geblieben, der dort zum Beispiel in Zugangs- und Bewegungsrechten des Militärpersonals, in Transitregelungen zwischen der Bundesrepublik und Berlin sowie im Fortbestehen der Lufsicherheitszentrale in Berlin zum Ausdruck gekommen ist.

Das klassische Völkerrecht anerkennt die Macht des Siegers zur Besetzung des Gebiets des Kriegsgegners. Es begrenzt diese Macht seit der Einigung über die Haager Landkriegsordnung aus den Jahren 1899 und 1907. Eine eindeutige zeitliche Begrenzung der Siegermacht ist diesen Normen nicht zu entnehmen. Angesichts der Schuld Deutschlands am Beginn des Zweiten Weltkriegs und wegen der Spaltung zwischen den Siegermächten hat der Prozeß der Ablösung des Besatzungsrechts in Deutschland erheblich länger gedauert als üblich.